



**Marieluise Beck**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Marieluise Beck, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An

DIG Stuttgart  
z. Hd. Bärbel Illi  
Keplerstr. 34  
73760 Ostfildern

**Berlin**

Marieluise Beck  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 – 71605  
Fax: (030) 227 – 76262  
Email:  
marieluise.beck@bundestag.de

**Wahlkreis**

Marieluise Beck  
Schlachte 19/20  
28195 Bremen  
Tel: (0421) 30 11 200  
Fax: (0421) 165 53 53  
Email:  
marieluise.beck@wk.bundestag.de

Berlin, 03.06.13

Sehr geehrte Frau Illi, sehr geehrte Mitglieder des DIG-Vorstandes Stuttgart und Mittlerer Neckar,

Ihrem Schreiben entnehme ich, dass Sie mich an die Seite derjenigen stellen wollen, die Israel delegitimieren und damit den Staat zerstören wollen. Diese ungeheuerliche Zuschreibung weise ich mit Entschiedenheit zurück.

Ich nehme mir auch weiterhin das Recht, das Westjordanland als von Israel besetztes Gebiet zu bezeichnen wie es selbst das israelische höchste Gericht in mehreren Gerichtsentscheidungen (s. Mara'abe v. The Prime Minister of Israel (HCJ 7957/04): „The Judea and Samaria areas are held by the State of Israel in belligerent occupation. [...] Israeli law does not apply in these areas. They have not been ‚annexed‘ to Israel.“) und die internationale Staatengemeinschaft tun.

Die Bundesregierung, ich zitiere, erachtet „den fortgesetzten Siedlungsbau als völkerrechtswidrig und als Friedenshindernis.“ Auch wenn man davon ausgehen kann, dass ein Gutteil der heutigen Siedlungen im Rahmen einer Zweistaatenlösung bei Israel bleiben wird, so bleibt das künftigen Friedensverhandlungen vorbehalten und kann nicht einseitig von Israel vollzogen werden. Dem sollte hinzugefügt werden: Auch auf Seiten der Palästinenser gibt es mannigfaltige und schwerwiegende Hindernisse auf dem Weg zu einem Frieden. Wenn Sie die DIG auf eine Linie bringen wollen, in der besetzte Gebiete als solche nicht mehr bezeichnet werden dürfen, befinden Sie sich mit dieser Haltung nicht nur im Widerspruch zur Position der Bundesregierung, sondern auch im Widerspruch zur israelischen Friedensbewegung.

Nun zu der Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion: Wohlgermerkt, es handelt sich um eine Anfrage und nicht um einen Aufruf zu einer Boykottbewegung, wie Sie in Ihrem Schreiben insinuierten.

Der Anfrage liegt ein Beschluss der EU zugrunde, die mit dem Staat Israel ein Zollpräferenzabkommen vereinbart hat, das sich allerdings nicht auf Produkte aus den besetzten Gebieten bezieht. Es gibt eine Debatte innerhalb der EU, inwieweit dieser Vorgabe Nachdruck verliehen werden soll. Mit eben diesem Sachverhalt beschäftigt sich die Kleine Anfrage.



Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

Meine Kollegin Kerstin Müller ist seit vielen Jahren Israel eng verbunden. Sie ist - wie viele Menschen und viele meiner politischen Freunde in Israel auch - allerdings tief besorgt über die Siedlungspolitik der israelischen Regierung. Diese Sorge gründet in der Einschätzung, dass die Fortsetzung des Siedlungsbaus letztlich eine Zwei-Staaten-Lösung verhindert und damit in der Konsequenz den jüdischen Staat Israel gefährdet. Wie soll ein jüdischer Staat bewahrt werden, wenn in ihm mehr arabische und damit zumeist muslimisch gläubige Menschen leben als jüdische? Es hat meines Erachtens nichts mit der Freundschaft zu Israel zu tun, wenn diese schwerwiegende Frage tabuisiert wird. Die Politik meiner Fraktionskollegin Kerstin Müller ist von eben dieser Sorge bestimmt und mit dieser Intention hat sie auch die in Rede stehende Kleine Anfrage formuliert.

Ich teile allerdings die Einschätzung, dass nicht jede Fragestellung hilfreich ist und sehr gut bedacht werden muss, in welchen Kontext sie gerät oder geraten kann. Es gibt eine hässliche Boykottbewegung in Deutschland und es sollte alles unterlassen werden, was auch nur einen Hauch von Nähe zu dieser Boykottbewegung herstellen könnte, die besonders vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte schändlich ist.

Diese Bedenken habe ich in der Debatte im außenpolitischen Arbeitskreis der Fraktion bei der ersten Lesung der Anfrage formuliert. Dass ich bei der 2. und abschließenden Lesung der Anfrage meinen Pflichten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg nachkam, möchte ich in diesem Zusammenhang nur noch am Rande bemerken.

Mein Kollege Daniel Cohn-Bendit ist ein entschiedener Fürsprecher der EU-Strategie zur Kennzeichnungspflicht. Freunde aus der israelischen Friedensbewegung fordern uns durchaus immer wieder zu einer scharfen Kritik der Politik der israelischen Regierung auf. Ich meine allerdings, dass beide unterschätzen, wie stark der Resonanzboden für die Ablehnung Israels bis hin zum Antisemitismus in Deutschland nach wie vor ist. Und ich bin deswegen der tiefen Überzeugung, dass es nicht Deutschlands Rolle ist, sich zum Lehrmeister Israels aufzuspielen, zumal in einer Zeit, in der sich Israels Sicherheitslage dramatisch verschlechtert.

Mit freundlichem Gruß

*M. Beck*